

# Kita-Streik Verdi-Basis lehnt Schlichterspruch ab

Von [Thorsten Knuf](#)



Möglicherweise drohen bald wieder neue Ausstände von Kita-Beschäftigten. Hier eine Kundgebung des Landeselternausschusses vom Mai diesen Jahres. Foto: dpa

Im Kita-Tarifstreit lehnen die Mitglieder der Gewerkschaft Verdi mit großer Mehrheit den Schlichterspruch ab. Auf einer Streikdelegiertenkonferenz in Fulda soll nun über das weitere Vorgehen beraten werden.

[Drucken per Mail](#)

Im eingefrorenen Tarifkonflikt der kommunalen Kita-Beschäftigten bekommt Verdi-Chef Frank Bsirske Druck von Seiten der eigenen Klientel. Heute findet in Fulda eine Streikdelegiertenkonferenz statt, auf der darüber befunden werden soll, ob die Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern fortgesetzt wird.

Tatsächlich haben die Mitglieder der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi den Schlichterspruch mit großer Mehrheit zurückgewiesen. Insgesamt lehnten 69,13 Prozent der Verdi-Mitglieder im Sozial- und Erziehungsdienst den Schlichterspruch ab, wie die Gewerkschaft am Samstag mitteilte. Auf einer Streikdelegiertenkonferenz in Fulda soll nun über das weitere Vorgehen beraten werden.

"Vor dem Hintergrund dieser Diskussion" werde am Dienstag die Bundestarifkommission von Verdi über das weitere Vorgehen entscheiden, erklärte die Gewerkschaft. Denkbar sind nun weitere Streiks in Kindertagesstätten und anderen sozialen Einrichtungen.

In der Diskussion um das weitere Vorgehen hat sich bereits die Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten (BAG) zu Wort gemeldet. Sie machte deutlich, dass sie das Schlichtungsergebnis von Ende Juni rundherum ablehnt und von Gewerkschaftschef Bsirske persönlich ein stärkeres Engagement für die Aufwertung klassischer Frauenberufe erwartet. Die Arbeitsgemeinschaft vertritt nach eigenen Angaben fast 1900 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte.

„Wird jetzt keine deutliche Aufwertung (inhaltlich und finanziell) erreicht, dann steht zu befürchten, dass es auf Jahre keine Bewegung mehr in Richtung besserer Bezahlung geben wird“, schreibt das BAG-Leitungsgremium in einem offenen Brief. Das Ergebnis der Schlichtung sei mehr als enttäuschend und „ein Schlag in das Gesicht der Kolleginnen, eine Ignoranz gegenüber ihren Leistungen und der großen Verantwortung, die sie tragen“. Von Bsirske selbst erwarte die BAG eine „rückhaltlose Unterstützung“ der Forderung nach angemessener Bezahlung von Erzieherinnen, Kinderpflegerinnen und Sozialarbeiterinnen auch über den gegenwärtigen Konflikt hinaus.

Eine Mitgliederbefragung von Verdi über das Schlichtungsergebnis vom Juni endete in dieser Woche. Bei der Streikdelegiertenkonferenz in Fulda soll heute das Ergebnis verkündet werden. Auf dieser Grundlage beraten die 300 Delegierten dann über das weitere Vorgehen. Die eigentliche Entscheidung darüber liegt bei der Bundestarifkommission von Verdi. Spricht sich aber eine deutliche Mehrheit der befragten Mitglieder sowie der Streikdelegierten dafür aus, den Tarifkonflikt fortzusetzen, wird die Kommission dies kaum ignorieren können.

Nach zahlreichen Verhandlungsrunden und langen, unbefristeten Streiks in Kitas hatten die Schlichter Ende Juni einen Vorschlag zur Beendigung des Tarifkonflikts unterbreitet: Sie empfahlen Gehaltszuwächse von zwei bis 4,5 Prozent je nach Gehaltsgruppe. Die Gewerkschaften wollen für die rund 240 000 Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst der Kommunen aber eigentlich grundlegende Verbesserungen erreichen und forderten, dass alle Mitarbeiter in höhere Gehaltsgruppen eingestuft werden. Dies sollte im Schnitt Gehaltserhöhungen von zehn Prozent bringen.

## **Es fehlen 120 000 Erzieher**

Nach der Vorlage des Schlichterspruchs machte die Verdi-Basis ihrer Gewerkschaftsführung deutlich, dass sie den Kompromissvorschlag für unzureichend hält. Bsirske hingegen würde den Tarifstreit gern beenden. Als Ausweg wurde die fünfwöchige Mitgliederbefragung anberaumt.

Die kommunalen Arbeitgeber sind bereit, den Schlichterspruch zu akzeptieren. Unabhängig vom Ausgang des Mitgliedervotums bei Verdi sollen die Verhandlungen am 13. August wieder aufgenommen werden. Im Kern geht es um die Frage, ob der Staat einer guten Bildung und Erziehung Vorrang einräumt und bereit ist, dafür mehr Geld auszugeben. Erzieherinnen sind vergleichsweise schlecht bezahlt, was die Attraktivität des Berufs mindert. Die Kommunen verweisen auf ihre angespannte Haushaltslage.

Mehr dazu

[Lasst euch etwas einfallen!](#)

In etlichen Kindertagesstätten fehlt es an Personal. Laut einer Analyse der Bertelsmann-Stiftung müssten bundesweit 120 000 Erzieherinnen und Erzieher zusätzlich eingestellt werden, um überall eine hochwertige frühkindliche Bildung anzubieten. (mit afp)

<http://www.fr-online.de/wirtschaft/kita-streik-verdi-basis-lehnt-schlichterspruch-ab-,1472780,31411834.html>